

## **Als wir wieder zu uns kamen**

**Vor 30 Jahren fällt am 9. November nicht nur die Mauer in Berlin: Im selben Moment erledigt sich auch der postnationale Irrweg der Deutschen Seiten 1, 3, 4–5, 9**

**Karlheinz Weissmann**

In den 1970er Jahren antwortete der Liedermacher Reinhard Mey auf die Frage, welches Gebäude so häßlich sei, daß man es abreißen sollte: „die Berliner Mauer“. In seiner Zunft und der Kulturszene überhaupt machte er sich damit keine Freunde. Ganz im Gegenteil. Denn auch wenn es kaum jemanden gab, der die Mauer ästhetisch ansprechend fand, so wurde sie in der alten Bundesrepublik doch achselzuckend hingenommen, von den Gebildeten oft noch hinzugefügt, daß sie auf eine gewisse Weise der Friedenssicherung diene.

Damit war man sehr weit entfernt von der Empörung, die die Westdeutschen und vor allem die West-Berliner unmittelbar nach der Errichtung der Mauer am 13. August 1961 erfaßt hatte. Regelmäßig kam es vor dem Brandenburger Tor zu Aufmärschen und Protesten, auch zu direkten Angriffen oder Versuchen, wenigstens Teile der Grenzbefestigung zu demolieren. Wer noch etwas von der damaligen Atmosphäre erinnert, wird vielleicht die Bilder des toten Peter Fechter vor Augen haben, der bei einem Fluchtversuch angeschossen wurde und im Todesstreifen langsam und qualvoll starb, bevor ihn DDR-Grenzposten bargen.

Aber das oder die Zahl der übrigen Mauertoten zu erwähnen galt, wie auch der Hinweis auf die Absurdität einer solchen Anlage in der Mitte der Hauptstadt eines Landes, spätestens nach Einleitung der Neuen Ostpolitik als „entspannungsfeindlich“, wenn nicht „revanchistisch“.

Es gab wenige, die es damals wagten, den Status quo, der Berlin, Deutschland und den Kontinent teilte, in Frage zu stellen. Dazu gehörte Richard von Weizsäcker, der als Bundespräsident erklärte, daß die Deutsche Frage so lange offen sei, wie das Brandenburger Tor geschlossen bleibe. Die Formel hat der US-Präsident Ronald Reagan bei seinem Besuch in Berlin 1987 zitiert und sie mit dem berühmt gewordenen Appell an die sowjetische Führung verknüpft „Tear down this wall!“ – „Reißen Sie diese Mauer nieder!“

Neben dem Satz seines Amtsvorgängers John F. Kennedy „Ich bin ein Berliner!“ wird diese Aussage gern als Beleg dafür genommen, daß der große Verbündete seine Zusagen einhielt und sich für die Einheit der Deutschen aussprach. Allerdings wissen die Historiker längst, daß Kennedys Bekundungen reine Propaganda waren. Er hatte durch Berichte der CIA Monate vor dem Mauerbau von der entsprechenden Absicht des DDR-Regimes erfahren und im kleinen Kreis keinen Hehl daraus gemacht, daß

man die Eindämmung der Fluchtbewegung aus dem Osten im Grunde für richtig hielt. Also traf man auf Kosten der Deutschen mit der Sowjetunion ein Arrangement, das auf der wechselseitigen Anerkennung der Einflußsphären in Europa beruhte.

Zu diesem Bild paßt der Fund neuerer Dokumente, deren Inhalt dafür spricht, daß Reagan seine Stellungnahme, kurz nachdem sie gefallen war, wieder zurückzog. In Reaktion auf Vorwürfe des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse äußerte er kleinlaut, daß es wohl „unrealistisch“ und gefährlich sei, die Mauer beseitigen zu wollen. Zudem gehöre die deutsche Teilung zu den Kriegsfolgen, und „viele“ fänden, Deutschland dürfe „nie wieder die stärkste und mächtigste Macht im Zentrum Europas sein“.

Auf diese Äußerung hinzuweisen bedeutet auch klarzustellen, daß die Mauer als sinnfälligster Ausdruck der deutschen Lage nach 1945 weder Zufall noch Strafe des Weltgerichts für kollektive Schuld war, sondern das Ergebnis eines Konflikts zwischen den Supermächten, in dem die Deutschen als Manövriermasse behandelt wurden. Dabei hatten die im Westen mehr Glück mit ihrem Hegemon als die im Osten. Trotzdem war nach dem Zusammenbruch des Reiches an eine selbständige Politik nicht zu denken. Diese Zwangslage als solche begriffen und daraus die notwendigen Schlüsse gezogen zu haben, kann niemandem vorgeworfen werden.

Vorwerfbar bleibt aber die kleinmütige oder opportunistische Bereitschaft, die Nötigung auch noch zu rechtfertigen oder anzuhübschen. Eine entsprechende Neigung war bei den Verantwortlichen und den Meinungsmachern ausgeprägt und erklärt viel von dem Zögern, mit dem sie vor dreißig Jahren auf die Maueröffnung und dann den Fall der Grenze reagierten. Sie hatten sich eingerichtet, und nun durchkreuzte der Gang der Geschichte ihr Kalkül. Sie wußten sehr genau, was ihnen drohte, wenn man prüfte, wer sich an der Aufrechterhaltung und Verharmlosung des Unrechts beteiligt oder davon profitiert hatte. Die Menge der Beteiligten war allerdings so groß und deren Machtposition so gefestigt, daß ein derartiger Prozeß der „Aufarbeitung“ niemals Aussichten hatte.

Die Folgen sind bekannt. Da ist zum einen die Entschlossenheit, mit der man den 9. November 1989 seiner konkreten Bedeutung beraubt, indem man von einem „Wunder“ spricht oder den Eindruck erweckt, als habe damals eine neue Epoche universaler Grenzenlosigkeit ihren Anfang genommen. Da ist zum anderen die Art und Weise, in der man den Charakter des DDR-Regimes verzeichnet. Dessen totalitärer und menschenverachtender Charakter wird nicht nur von den Postkommunisten relativiert, sondern auch von denen, die sich gern als „Mitte“ und „Zivilgesellschaft“ präsentieren.

Die Folge ist eine Art politischer Amnesie, die es notwendigerweise erschwert, die eigentlichen Lehren aus dem Kollaps des Systems zu beherzigen: daß der Versuch, den Menschen das Recht auf nationale Selbstbestimmung zu nehmen – damals im Namen des Marxismus, heute im Namen des Multikulturalismus –, zu heftigen Gegenreaktionen führt; und daß Indoktrination, egal ob sie brutal oder subtil arbeitet,

zuletzt genau das hervorruft, was eigentlich vermieden werden soll – die Infragestellung der Legitimität der bestehenden Ordnung.

## **Verpetzen und verpfeifen**

**Gesinnungswächter: Kampf „gegen Rechts“ wird zum Kampf gegen**

**Bürgerrechte**

**Michael Paulwitz**

Der „deutsche Blick“ ist wieder da: Erst mal links und rechts über die Schulter hinter sich schauen, bevor man etwas sagt, das, in falsche Ohren gelangt, bloß Schwierigkeiten bereiten würde. Zwei von drei Deutschen haben Bedenken, ihre Meinung zu bestimmten Themen offen zu äußern, legen Studien nahe, die – im Jargon der Gesinnungswächter – doch bloß „rechte Ressentiments bedienen“. Und die Bundesregierung tut, was sie kann, damit es noch mehr werden.

Anders läßt sich das eilends zusammengeschusterte „Maßnahmenpaket“ kaum erklären, mit dem die Bundesregierung das Attentat von Halle zum Vorwand nimmt, um mal wieder „zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Haßkriminalität“ zu blasen. Der Etikettenschwindel steckt schon in der Überschrift.

Die Begriffskombination unterstellt, daß beide ursächlich zusammenhängen. Daran stimmt nur, daß der Begriff „Haßkriminalität“ selbst ein Produkt des ideologischen Gesinnungsbürgerkriegs ist. Daß die Bundesregierung das Strafgesetzbuch „mit Bezug zur Haßkriminalität ergänzen“ will, läßt nichts Gutes ahnen.

Im klassischen Strafrecht kommt diese Wortschöpfung nämlich nicht vor. Ihr Zweck ist die Einschränkung des Sagbaren und die Ausweitung des Strafbaren, indem sie bereits leidlich klar definierte Straftatbestände wie Beleidigung oder Verleumdung um einen Gummiparagraphen ergänzt, mit dem potentiell jede mißliebige Meinungsäußerung in den Geruch des Strafwürdigen gebracht werden kann.

Das hat bereits den üblen Vorgeschmack totalitären Ungeists – die Sowjet-Gulags und „DDR“-Gefängnisse waren bekanntlich voll von allzu Vorwitzigen und Dissidenten, denen wegen „Hetze“ gegen die einzig wahre Lehre der Prozeß gemacht wurde. Der Hautgout wird noch strenger durch die implizite Einseitigkeit. Während der etablierte Politik- und Medienbetrieb nicht-linken Oppositionspolitikern nur zu gerne jedes Wort so lange im Munde herumdreht, bis etwas Anstößiges oder Antisemitisches dabei herauskommt, sind die hemmungslosen Gewalt- und Entmenschlichungsphantasien von Linken gegen jedwede Andersdenkende oder von Deutschenhassern mit und ohne Migrationshintergrund gegen die verachteten „Kartoffeln“ für die regierungsamtlichen Sittenwächter offenkundig kein Problem.

Und das obwohl, oder gerade weil, dieses üble Gebräu nicht in den hinteren Schmutzecken des Internet wabert, sondern stolzgeschwellt auch im etablierten Medienbetrieb und in den Führungsetagen von Parteien, Regierungsparteien eingeschlossen, angerührt wird. Nur folgerichtig gibt es zwar ein schon in der Namensgebung irgendwie nach Unkrautvernichtungsmittel klingendes „RechtsEX“-Hinweistelefon zum – gerne auch anonymen – Verpetzen von allem, was dem braven Hobby-Blockwart irgendwie rechtsextremistisch, rechtsterroristisch oder reichsbürgerlich vorkommen mag, aber natürlich kein Pendant für entsprechende linke Umtriebe.

Wen es da schüttelt, wenn nach allen Diktaturerfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts nur eine Generation nach dem Mauerfall wieder das Ausspähen und Anschwärzen verdächtiger Zeitgenossen zur Brave-Bürger-Pflicht erhoben wird, der ist eben notorisch unzuverlässig und hat einfach nicht den richtigen Klassenstandpunkt.

Der treuherzige Appell, man möge das Hinweistelefon doch „bitte“ nicht zur „Denunzierung mißbrauchen“, ist blanker Hohn, wenn er nicht doch Restspuren von schlechtem Gewissen enthält. Die Bundesregierung weiß den Irrwitz freilich noch zu steigern. Gleich im ersten Punkt verkündet der Katalog der Koalitionsrechen eine „Meldepflicht“ für Anbieter von „Telemediendiensten“. Auf die absurden Löschorgien, die das Zensurgesetz „NetzDG“ auf den Plattformen der sozialen Medien ausgelöst hat, soll nun als nächster Schritt eine Denunziationspflicht folgen.

Juristische Aufgaben werden also in noch weiterem Umfang an private Dienstleister übertragen und so demokratischer Kontrolle entzogen. Gleichzeitig kommt auf die Justiz absehbar eine Flut von Klagen gegen Willkürakte zu, die wiederum den Ruf nach mehr Personal auslösen werden.

Gesinnungskontrolle und Überwachungsstaat, einmal in Gang gesetzt, haben unbeschränktes Wachstumspotential. Das haben die Ersteller des „Maßnahmenkatalogs“ natürlich berücksichtigt: Die „Ressourcen“ der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden im Bereich der „Bekämpfung der Politisch Motivierten Kriminalität rechts“ sollen ebenso verstärkt werden wie die „Bearbeitung des Phänomens“ – oder doch Phantoms? – durch die Verfassungsschützer.

Wer da anmerken möchte, daß wohlorganisierte Linksextremisten in Berlin Polizeikräfte in Tausenderstärke binden, in Leipzig Baustellen in Brand setzen, Baufirmen-Mitarbeiter überfallen und Nacht für Nacht in den Großstädten Autos anzünden, der ist eigentlich fast schon wieder ein Fall für das Hinweistelefon. Die hehren Bekundungen, Kommunalpolitiker und medizinisches Personal besser vor Übergriffen schützen zu wollen, haben dagegen eher dekorativen Charakter – weder für die einen noch für die anderen sind Rechtsextremisten die häufigste Bedrohung.

Die Katze kommt dort aus dem Sack, wo eine weitere Verschärfung des Waffenrechts und noch mehr Geld für „Präventionsprogramme“ als Patentmittel für die Bekämpfung von Rechtsextremismus angepriesen werden. Beides trifft echte Extremisten kaum, stellt aber im Prinzip jeden unbescholtenen Bürger erst mal unter Generalverdacht. Der vermeintlich hehre Kampf „gegen Rechts“ ist in Wahrheit längst zum Kampf gegen Bürgerrechte geworden.

## **Das freie Wort war ihm heilig**

**Nachruf: Der Philosoph und Publizist Günter Zehm ist gestorben / In der JF-Redaktion hinterläßt er eine klaffende Wunde / Seine -Kolumne war einzigartig in der deutschsprachigen Publizistik**

**Thorsten Thaler**

Niemand möchte nur für sich selbst sterben, jeder möchte vielmehr bis zuletzt angeschlossen bleiben an den gelassenen Lauf der alltäglichen Dinge.“ Günter Zehm, von dem dieser Satz aus einer Vorlesungsniederschrift über den „Gesunden Menschenverstand“ (2009) stammt, war das bis wenige Wochen vor seinem Tod glücklicherweise vergönnt. Vergangenen Freitag starb er mit 86 Jahren im Universitätsklinikum Bonn an den Folgen einer Herzattacke. Aufgehoben fühlen konnte er sich bis dahin in einem stabilen Netzwerk aus Familienangehörigen, Freunden, Weggefährten, Kollegen, und publizistisch auf das engste an das Zeitgeschehen angeschlossen war er als hochgeschätzter Kolumnist und Autor dieser Zeitung.

Mindestens zwei-, dreimal in der Woche telefonierte er mit der Redaktion. Dabei ging es meistens um unsere Blattplanung, Themenabsprachen für seine Kolumne oder bevorstehende Jubiläen, zu denen er gern größere Aufsätze schreiben wollte wie zuletzt erst im April und September dieses Jahres zum 250. Geburtstag Alexander von Humboldts (JF 38/19) beziehungsweise zum 500. Todestag des Universalgelehrten Leonardo da Vinci (JF 18/19).

Oft diskutierten wir aber auch aktuelle politische Fragen, die ihn umtrieben. Wie herrlich konnte er sich dabei echauffieren über Zumutungen, Gängeleien und Idioten der jeweiligen Machtinhaber oder vermeintlicher Eliten! Nicht selten mündeten solche Gespräche in regelrechte Schimpfkanonaden, bei denen sich seine Stimme überschlug – in solchen Momenten erinnerte er an den großen komödiantischen

Wüterich Louis de Funès –, und die doch stets auch einen rational-argumentativen Kern aufwiesen.

Denn Günter Zehm war immer auch ein Konkretdenker. Die *concretio*, die Verdichtung, das konkrete Sprechen in den Spuren seines frühen akademischen Lehrers Ernst Bloch sowie der Philosophen Georg Simmel und José Ortega y Gasset war ihm ungemein wichtig. Er trachtete nicht danach, für die Elfenbeintürme der Intellektuellen zu schreiben. Seine Texte sollten an den Lebensstrom angebunden sein und daraus Erkenntnis schaffen. Der Lebensphilosophie, notierte er in einer anderen Vorlesungsschrift mit dem Titel „Mutter Erde, Vater Gott“ (2010), wachse dadurch „ein eigentümliches journalistisches Element“ zu. Der Konkretdenker dichte nicht, so Zehm, aber er logifiziere und verwissenschaftliche auch nicht.

Simmel, Ortega oder der junge Ernst Bloch hätten ihr Konkretwerden vor allem durch das Auffinden von Themen und allein schon mit Überschriften belegt, die Aha-Erlebnisse auslösten. „Es lohnt sich fast immer nachzulesen, man wird einen Gewinn davon haben, inhaltlich und formal. Der formale Glanz, die Gediegenheit und Eleganz der Darstellung gehören hier unabdingbar zum Philosophieren dazu, das Argument bekräftigt sich durch die Art, wie es serviert wird, es entsteht eine Philosophie der Funde.“

Weiter heißt es in der Niederschrift: „Die Raffinesse dieses Philosophierens liegt nicht nur darin, Probleme dort zu erkennen, wo andere nur eine Spur im Sand wahrnehmen, sondern noch mehr in der Kunst, am scheinbar abgelegenen und philosophieunwürdigen Einzelding ganze Bedeutungsketten aufzuhängen, ohne je dröge oder dogmatisch zu werden oder auch nur zu insistieren.“ Wer hierin auch eine versteckte Selbstauskunft Zehms lesen will (was er vehement bestritten hätte), liegt damit sicher nicht falsch.

Seit Januar 1995 schrieb er für die JUNGE FREIHEIT Woche für Woche seine Pankraz-Kolumne. In zwei Monaten hätten wir gemeinsam das 25jährige Jubiläum dieser in der deutschsprachigen Publizistik einzigartigen Institution feiern können. Daß es dazu nun nicht mehr kommt, hinterläßt eine klaffende Wunde in der Zeitung. Gern hätten wir unsere über zwei Jahrzehnte währende, ebenso vertrauensvolle wie fruchtbare Zusammenarbeit mit einem weiteren von Günter Zehm zusammengestellten Pankraz-Sammelband gekrönt. Und sicher hätte er sich, wie er in Gesprächen mit der JF-Redaktion immer wieder einmal durchblicken ließ, irgendwann auch selbst mit einer Kolumne von seinen Lesern verabschieden wollen. Leider ließen die Umstände das nicht mehr zu.

Begründet hatte Günter Zehm seinen Pankraz – benannt nach einer Figur aus Gottfried Kellers Novellenzyklus „Die Leute von Seldwyla“ – vor über vierzig Jahren, im Juni 1975 in der Tageszeitung Die Welt. Für das damals noch konservativ geprägte Blatt – erinnert sei an Namen wie Matthias Walden, Wilfried Hertz-Eichenrode, William S. Schlamm, Enno von Löwenstern, Herbert Kremp – war er seit 1963 als

Feuilletonredakteur und später als Kultur-Ressortleiter tätig; von 1977 bis 1989 amtierte er als stellvertretender Chefredakteur. Die Kolumne erschien dort jeweils montags in der erklärten Absicht, „Tendenzen aufzustöbern und anschaulich zu machen, die vorerst noch unsichtbar umgehen“ (Zehm), sie jenseits irgendeiner vorgegebenen Theorie in all ihren „bunten Einzelheiten“ darzustellen und auf einen Begriff zu bringen. Doch nach dem Tod von Axel Springer und ausgerechnet im Jahr des Mauerfalls kam es zunehmend zu Auseinandersetzungen mit dem damaligen Welt-Chefredakteur Manfred Schell über den Kurs der Zeitung, und Zehm wurde zum Ausscheiden gedrängt.

Seit 1990 veröffentlichte er seine Kolumne zunächst im Rheinischen Merkur – bis er am 10. Juni 1994 statt seines Textes in der Wochenzeitung den Hinweis lesen mußte, Pankraz sei in dieser Woche „verreist“. Er glaubte seinen Augen nicht zu trauen, denn die Mitteilung war glattweg gelogen. Der Chefredakteur Thomas Kielinger hatte die Kolumne kurzerhand aus politischen Gründen aus dem Blatt geworfen. Ihm paßte nicht, wie kritisch Zehm die Gedenkfeiern anlässlich des 50. Jahrestages der Landung der Alliierten in der Normandie ausgeleuchtet hatte: „Auch die Helden des D-Day nebst Onkel Joe, dem Moskauer Verbündeten, (...) haben Millionen von Kriegsgefangenen zu Tode gehungert, Zehntausende von Frauen vergewaltigt, haben schließlich die halbe Welt in ein einziges, über vierzig Jahre lang betriebenes Dauer-KZ verwandelt.“

In einem nachgereichten Brief an Zehm suchte Kielinger sein unverfrorenes Vorgehen damit zu rechtfertigen, er sehe in der Passage eine absurde Verdächtigung, „wie es nicht einmal dem wildesten Nationalisten in den Sinn käme“. Der Satz drücke für ihn einen „offensichtlichen Extremismus“ aus. Damit war der Bruch nicht mehr zu kitten. Eine solche Beschuldigung konnte Zehm, der jeden Totalitarismus gleich welcher Couleur verabscheute, unmöglich auf sich sitzen lassen. Er gestattete der JUNGEN FREIHEIT, der er ein halbes Jahr zuvor ein Interview zur politischen und geistigen Verfaßtheit des Landes gegeben hatte, den inkriminierten Text eine Woche später zu drucken.

Als weiterer Glücksfall für uns erwies sich, daß eine per Handschlag eigentlich schon so gut wie vereinbarte Rückkehr Zehms zum Springer-Konzern – die Welt am Sonntag wollte seine Pankraz-Kolumne angeblich ab Herbst 1994 veröffentlichen – an bis heute ungeklärten Widerständen und Intrigen im Verlag scheiterte. So kam es schließlich dazu, daß der gestandene Journalist Günter Zehm seine Texte seit 1995 exklusiv für die JF verfaßte.

Es ist praktisch unmöglich, auch nur annähernd all die Themen aufzulisten, mit denen sich der Universalgelehrte in seinen Kolumnen befaßte. Sein Bildungshorizont und seine Interessen waren unfaßbar weit gefächert. Er widmete sich aktuellen politischen Debatten und Konflikten ebenso wie philosophischen Fragen, beleuchtete das Mediengeschehen und den Kulturbetrieb mit seinen unterschiedlichen Sparten, von der Literatur über Musik, Ausstellungen, Filme und Theaterstücke bis hin zu Bildender Kunst. Er verhandelte religiöse Stoffe, befaßte sich mit Traditionen, Sitten und

Brauchtum. Besonders energisch wurde Günter Zehm, der als junger Mann in der DDR aus politischen Gründen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden war (Seite 16), stets dort, wo er staatliche Bevormundungen und Einschränkungen von Freiheitsrechten ausmachte. Die freie Meinungsäußerung war ihm heilig, allergisch reagierte er auf jedwede totalitäre Bestrebung, wo immer er sie witterte. Im Vorwort zum ersten JF-Sammelband mit Pankraz-Kolumnen im Jahr 2000 schrieb sein ehemaliger Chefredakteur bei der Welt, Herbert Kremp, Pankraz handelt „von Pretiosen – von der Humanität und dem Skandal ihrer immerwährenden Gefährdung; von der seltsamen Legierung aus deutscher Spaß- und Schuldgesellschaft, an der eines nicht stimmen kann, Schuld oder Spaß“.

Auf solche Wortmeldungen, die Stimme Günter Zehms, werden wir nun verzichten müssen. Er wird uns unendlich fehlen.

## **Rückkehr des Untertanen**

**Haltung zeigen: Restle, Reschke & Co. oder der urdeutsche Drang zur Kollektivmeinung**  
**Wolfgang Müller**

Das Allerweltswort „Haltung“ macht derzeit erstaunliche Karriere. Vorneweg sind es „Medienschaffende“ des Staatsfunks, mitten im Strom paddelnde Lemuren wie Anja Reschke und Georg Restle, die sich einer somnambul „gegen Rechts“ gerichteten, auf die Katastrophenpolitik Angela Merkels geeichten Haltung rühmen und diese zu regierungsfrommer Nachahmung andienen.

Wobei dieses abstoßend obszön ungebildete Personal nicht einmal ahnt, in welchen ideologischen Untiefen es mit seiner Haltungshuberei gründelt. Denn semantisch ist der Begriff verstörend vieldeutig, wie uns das Grimmsche Deutsche Wörterbuch im zehnten Band belehrt, wo wir zuerst auf die seit dem 18. Jahrhundert gebräuchlichste Verwendung stoßen, die im militärischen Jargon. Der Soldat, der Haltung annimmt, steht auf Befehl starr in Reih und Glied. Eine Körperdressur, die sich für den Zivilisten auf Untertanengeist reimt.

Schon gefälligere Assoziation löst der Wortsinn aus, wenn die Betonung, wie bei der verwandten französischen Contenance, zwischen Gefäßtheit und Gelassenheit pendelt. Die Wendung, „sie ist eine frau von haltung“, so die lexikalische Auskunft in traditioneller Kleinschreibung, charakterisiere „das gemessene würdige verhalten beim umgange mit andern“. Das scheint indes weit entfernt von den Emotionen, die Haltungsjournalisten aufputschen wollen, um politisches Engagement zu entfesseln.



## Intellektuelle Unselbständigkeit

Doch Haltung kennt das Wörterbuch auch in solch „gesteigerter form“, als „festes, energisches verhalten“. Was zumeist einhergehe mit geistiger Unbeweglichkeit und Anspruchslosigkeit. Die wiederum aus innerer Unsicherheit und intellektueller Unselbständigkeit resultiert, wie sie Dogmatikern, Hysterikern und Pharisäern eigen ist: „man erbaut aus weisen maximen eine mauer um sich, welche die eigene haltungslosigkeit decken soll“, wird aus der „Diätetik der Seele“ (1838) des österreichischen Mediziners, Dichters und demokratischen Kulturpolitikers Ernst Freiherr von Feuchtersleben (1806–1849) zitiert, der in 50 Auflagen verbreiteten, beliebtesten psychologischen Hausapotheke des 19. Jahrhunderts.

Von so subtilen Beobachtungen ist es nur ein gedanklicher Katzensprung in die 1930er, hin zur US-Sozialpsychologie, die sich damals für Haltung als Massenphänomen zu interessieren begann und mithalf, das Fundament der Meinungsforschung zu gießen. „Attitude“ (Einstellung) vereint in der US-Terminologie „Stimmung und Haltung“. Stimmung beschreibt die spontane, aus Gefühlen gespeiste Meinung von kurzer Haltbarkeit. Die dauerhaftere Meinung erwächst indes aus der Haltung, einer durch langjährige Erziehung und Erfahrung geprägten Gemütsverfassung. Sie ist der eigentliche Angelpunkt der Denkweisen und Wertungen, die, verfestigt zur „Gesinnung“, die Handlungen eines Menschen motivieren und steuern.

Ein politisches System, gleichgültig ob demokratisch drapiert oder autoritär, das zwecks Herrschaftsstabilisierung an die Haltung der Beherrschten appelliert, setzt also keineswegs auf die Persönlichkeit des von Theodor W. Adorno idealisierten „mündigen Bürgers“, sondern auf dessen von Feuchtersleben antizipierten Antipoden, den von der Frankfurter Schule konstruierten „autoritären Charakter“ mit seinen in Generationen antrainierten, relativ unveränderlichen Verhaltensdispositionen. Wer derart Haltung einfordert, lechzt also nach der Rückkehr des Untertanen.

Und findet sich mit Konsequenz in der Gesellschaft von Joseph Goebbels wieder, des berühmtesten Haltungspredigers der jüngsten Vergangenheit. Nach dem Muster der US-Demoskopie unterschied der NS-Propagandaminister während des Zweiten Weltkrieges zwischen flüchtiger, im „Meckern“ über Versorgungsmängel, Parteibonzen oder angloamerikanischen Bombenterror versickernder Stimmung, die heftig schwankte, aber für das Regime ungefährlich war, und der Haltung, die bis Kriegsende stabil blieb, weil sie auf verinnerlichten, zur zweiten Natur gewordenen preußischen Tugenden wie Gehorsam und Pflichterfüllung beruhte, die sich unter Goebbels' „wehrgeistiger Führung“ bestens zum kollektiven „Endsieg“-Willen formen ließen.

Während Restle & Co. wieder haltungsgeil jenem urdeutschen „Drang zur Kollektivmeinung“ (Michael Klonovsky) frönen, Neutralität und Objektivität als Relikte aus dem öffentlich-rechtlichen Neolithikum eilends als irgendwie „Nazi“ verabschieden,

hält das Bundesverfassungsgericht in seinem Rundfunkurteil vom Juli 2018 autistisch am von jeher wirklichkeitsfremden Berufsbild des unparteilichen Journalisten fest. Indoktrinieren ihre Schützlinge längst emsig Meinungen am Fließband und turnen Haltungen vor, begründen die Karlsruher Richter die „Demokratieabgabe“ für die GEZ-Medien unverdrossen damit, daß ARD und ZDF im Unterschied zu den Privaten „sorgfältig recherchierte Informationen“ anböten, die den „Filter professioneller Selektion“ und des „verantwortlichen, Fakten und Meinungen auseinanderhaltenden journalistischen Handelns“ passiert hätten.

Was wären die Haltungsjournalisten der realexistierenden Postdemokratie ohne ihre Haltungsjuristen!